

«Wir sind nicht notorische Verlierer»

Seit bald einem Jahr präsidiert Philipp Müller die FDP. Das Ja zur Abzocker-Initiative sei verdaulich, sagt er. Verlieren gehöre dazu. Was ihn vielmehr ärgert, ist, dass die FDP als bankengesteuert wahrgenommen wird.

Mit Philipp Müller sprach Urs Zurlinden

Herr Müller, sind die Wunden des Abstimmungswochenendes von Anfang Monat vernarbt?

Philipp Müller: Ja natürlich. Verlieren gehört zur Demokratie. Hier geht es nicht um einen Boxkampf, sondern um einen Volksentscheid. Diesen gilt es zu akzeptieren und schnell und unverwässert umzusetzen.

Die FDP gehörte zu den grossen Verlierern – entfernt sie sich weiter vom Volk?

Es kann nicht das Ziel einer Partei sein, möglichst viele Volksabstimmungen zu gewinnen. Das würde ja bedeuten, dass man Abstimmungsparolen auf der Basis von Meinungsumfragen fasst. Und wir wollen keine Empfehlungen an die Bevölkerung gegen die eigene Überzeugung abgeben, nur um wie jetzt bei der Minder-Initiative klar auf der Siegerseite zu sein. Das wäre purer Opportunismus.

Die FDP war aber lange die staatstragende Partei und hat Abstimmungen jeweils problemlos gewonnen.

Wir erleben heute grundsätzlich eine völlig andere Entwicklung als in früheren, ruhigeren Zeiten: Wenn der Bundesrat und eine deutliche Parlamentsmehrheit etwas wollten, hat das Volk diese Entscheide in aller Regel akzeptiert. Nun erleben wir seit einiger Zeit, dass der Souverän sehr kritisch geworden ist und gegen Bundesrat und Parlamentsmehrheit entscheidet. Beispiele sind die Verwahrungsinitiative, die Minarett-, die Ausschaffungs-, die Zweitwohnungs- und jetzt auch die Minder-Initiative.

Was folgern Sie daraus?

Die Schweizer Bevölkerung misstraut der Politik immer mehr. Es geht also immer weniger darum, welche Argumente überzeugen, sondern um die Botschaft: Es bestehen Missstände im Land – bitte regelt das endlich! Diesen neuen Trend betreffen insbesondere Abstimmungen zur Migration und zu Fragen des Wachstums und des Landverlusts. Das sind Entwicklungen, die in Zukunft noch ausgeprägter kommen werden. Wenn das Volk der Politik auf die Finger schaut, ist das gut.

«Die Bevölkerung misstraut der Politik»

In der Konsequenz heisst das: Staatstragende Parteien wie die FDP verlieren ihre Legitimität?

Nein, überhaupt nicht. Wir sind ja nicht notorische Verlierer: Wir gewinnen 83 Prozent der Abstimmungen im Parlament, zwei Drittel der Volksabstimmungen, und jeder zweite Vorstoss von uns ist erfolgreich. Wir vertreten unsere Überzeugungen, also liberale, freiheitliche Positionen, und akzeptieren selbstverständlich auch, wenn Volk und Parlament anders entscheiden.

Noch einmal zur Abzocker-Initiative: Sololäufer Thomas Minder siegte gegen den mächtigen Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Kam es bereits zur Aussprache?

Nein, es wird auch keine Aussprache geben. Die FDP ist eine eigen-

ständige Partei, also besteht kein Bedarf, sich mit Economiesuisse auszusprechen. Unsere Eigenständigkeit haben wir zudem in diversen Fällen bewiesen: Wir unterstützten «Too big to fail», also schärfere Bestimmungen für die Grossbanken; wir haben bei der Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» gegen den Hauseigentümerverband die Nein-Parole gefasst. Wir werden noch vermehrt verdeutlichen: Wir sind liberal und unabhängig. Ich nerve mich fürchterlich über die Klischeerung, die FDP sei eine bankengesteuerte, von der Pharma-Lobby abhängige Partei. Das war sie nie und ist sie auch heute definitiv nicht! Aber dies zu kommunizieren und zu verdeutlichen ist nicht das Problem der Leute, das ist unsere Aufgabe.

Nach dem Abstimmungsdebakel beklagte Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta das Abseitsstehen der Chefs der bürgerlichen Parteien. Fühlen Sie sich angesprochen?

Wenn Herr Gentinetta das sagt, hat er keine Ahnung, wie oft ich irgendwo in der Schweiz aufgetreten bin.

Die nächste Niederlage kündigt sich bereits an: Die 1:12-Initiative der Jungsozialisten findet gemäss ersten Umfragen eine klare Zustimmung?

Die Zustimmung von rund 50 Prozent ist wohl zu niedrig, um ins Ziel gerettet zu werden. Normalerweise müssen Volksinitiativen so weit vor dem Abstimmungstermin 70, 75 Prozent Zustimmung haben, um zu gewinnen. Bei dieser Initiative hat die FDP den Lead der Gegenkampagne, und diese wichtige Abstimmung müssen wir gewinnen. Einzige Sorge: Haben alle Unternehmen wirklich begriffen, dass Freiheit und Eigenverantwortung für die Wirtschaftselite Selbstbeschränkung verlangt? Die hohen aktuellen Entschädigungen der UBS helfen uns dabei überhaupt nicht.

Mit welchen Argumenten wollen Sie in der Gegenkampagne punkten?

Bei der 1:12-Initiative werden Bruttolöhne verglichen. Also beispielsweise: 50 000 versus 600 000 Franken in einem Betrieb. Wir wissen aber: Wer 600 000 Franken verdient, muss rund die Hälfte abgeben an Sozialversicherungsbeiträgen, Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern. Also ist das Verhältnis nicht mehr 1:12, sondern 1:6 oder 1:7.

Das ist doch reine Arithmetik?

Ein weiteres Argument ist: Würde diese Initiative angenommen, hätten wir umgehend ausländische Anbieter etwa im Bereich Reinigungen, Pflege, Catering usw., die mit ihren Dienstleistungen über die Grenze dringen. Dann wäre die 1:12-Initiative ausgehebelt – und in der Schweiz gingen niederschwellige Arbeitsplätze verloren. Das wird die Schweizer Bevölkerung nicht schlucken. Dazu kommt: Bei dieser Initiative wird es Positionsbezüge im klassischen Links-rechts-Schema geben. Denn es geht um Umverteilung, es geht um eine Neid- und Missgunst-Abstimmung. Das werden ganz andere Voraussetzungen sein als bei der Abzocker-Initiative.

Die Abstimmung zum Raumplanungsgesetz hat der Gewerbeverband lanciert – und verloren. Verlieren die Wirtschaftsverbände die Bodenhaftung?

Ich kann nicht für die Wirtschaftsverbände sprechen. Aber es ist offensichtlich auch beim Raumplanungsgesetz zum Ausdruck gekommen: Die Leute hinterfragen zunehmend das Wachstum. Man nimmt zwar zur Kenntnis, dass die Schweizer Wirtschaft wächst, fragt sich aber zu welchem Preis. Wir müssen also einsehen:

Es kann auf Dauer nicht mehr so weitergehen, dass wir unsere Ressourcen verschleudern. Diese Sensibilitäten des Schweizervolkes sind zum Ausdruck gekommen.

Das Verhältnis der FDP zu den Banken ist gespannt. Was schlagen Sie vor?

Wir stellen fest, dass die Banken erstens unter sich selber uneinig sind. Zweitens versuchen sie bei den Steuerhinterziehungs-Geschichten in den USA eine eigene Politik zu machen im Sinne von: Jeder rette auf Teufel komm raus seine eigene Haut. So ruft man teilweise nach dem automatischen Informationsaustausch, was für uns nicht infrage kommt. Es geht nicht an, dass die Politik die Fehler ausbügelt, welche die Banken selber im Ausland gemacht haben.

«Es kann nicht so weitergehen»

Der Paradeplatz hatte mit Figuren wie Ulrich Bremi einst einen direkten Draht in die FDP-Spitze. Was ist geschehen?

Es ist tatsächlich so: Wir werden nach wie vor völlig falsch als Bankenpartei wahrgenommen. In der Realität ist es so: Wir haben in der Fraktion keinen Banker. Die Klischees einer Filzpartei kann ich wirklich nicht mehr hören!

Sie persönlich haben ja ein sehr kritisches Verhältnis zu den Grossbanken und sitzen in keinem einzigen Verwaltungsrat. Wie kommt das?

Seit ich in der Politik bin, war es mir stets ein Anliegen, unabhängig zu sein. Das dokumentiere ich einerseits damit, dass ich nie in einen Verwaltungsrat gehe, obwohl ich entsprechende Angebote erhalte. Andererseits gebe ich meine Badges für den Bundeshaus-Zutritt niemanden ab.

FORTSETZUNG AUF SEITE 18

Philipp Müller ...

... wurde am 5. September 1952 im sankt-gallischen Mogelsberg geboren. Nach den Schulen in Küssnacht am Rigi und Reinach im kanton Aargau machte er eine Lehre als Gipser/Stuckateur. Nach etlichen Auslandsaufenthalten übernahm er 22-jährig das überschuldete elterliche Gipsergeschäft und baute es in ein Generalunternehmen um. Seine politische Karriere begann 1996 mit dem Präsidium der FDP-Ortspartei Reinach, von 1997 bis 2004 sass Müller im Aargauer Kantonsparlament, und seit 2003 ist er im Nationalrat. Seit April 2012 ist er zudem Präsident der FDP Schweiz. Philipp Müller ist geschieden, Vater dreier Töchter und wohnt in Reinach. (uz)



Bild LukasLehmann/Keystone

«Wir sind nicht notorische Verlierer»

FORTSETZUNG VON SEITE 17

Laut SP-Präsident Christian Levrat ist die FDP zur «Handlangerin grosser Unternehmungen» geworden. Wie kontern Sie?

Das ist derselbe Blödsinn wie wenn ich sagen würde, die SP sei nur noch Ausführungsorgan irgendwelcher Gewerkschaften. Das kann ich nicht ernst nehmen.

Im FDP-Nein zum Familienartikel sieht Levrat einen gesellschaftspolitischen Rechtsrutsch.

Aus der Sicht von Levrat ist natürlich alles, was sich rechts von ihm bewegt, ein Rechtsrutsch. Und was Levrat sagt, ist nicht unser Massstab.

Eine weitere Grossbaustelle bleibt die Einwanderung. Haben Sie das mit Ihrer 18-Prozent-Initiative vorausgesehen?

Ja. Im August 1995 haben wir die Unterschriften eingereicht und am 24. September 2000 wurde darüber abgestimmt. Immerhin stimmten damals 750 000 Schweizerinnen und Schweiz zu. Die Initiative wurde zwar deutlich abgelehnt, aber man hat schon damals gesehen: Die Einwanderung ist eine hochemotionale Frage,

welche die Schweiz noch lange beschäftigen wird.

War Ihre Forderung damals allzu radikal?

Wir hatten damals ein Ausländergesetz aus dem Jahr 1931! Meine Volksinitiative sollte aufrütteln und dem Parlament zeigen, dass Handlungsbedarf bestand. Tatsächlich ist dann etwas geschehen: Es gab einen indirekten Gegenvorschlag, nämlich das Ausländergesetz, das seit 2008 in Kraft ist. Letztlich hat die 18-Prozent-Initiative ihr Ziel erreicht, und wir haben ein gutes, modernes Ausländergesetz. Dass es nicht konsequent angewendet wird, ist das eigentliche Problem.

«Was Levrat sagt, ist nicht unser Massstab»

Bundesbern setzte in der Folge auf die Personenfreizügigkeit mit der EU. War das ein Fehler?

Nein, das war kein Fehler. Die Perso-

nenfreizügigkeit ist der Schlüssel zum ersten Paket der Bilateralen. Dabei geht es um den Marktzugang zum europäischen Wirtschaftsraum. Und wir haben pro Arbeitstag ein Handelsvolumen von einer Milliarde Franken mit der Europäischen Union. Das zu riskieren, ist grobfahrlässig. Allerdings: Wir müssen uns Gedanken machen über die Einwanderung. Sie ist zu gross, und es kann nicht sein, dass wir ein Wachstum der Gesamtbevölkerung von 80 000 bis 90 000 Menschen jedes Jahr haben. Aber der Schlüssel liegt nicht darin, die Personenfreizügigkeit zu kündigen. Sondern es geht um die 40 000 bis 45 000 Einwanderungen aus Drittstaaten, die eigentlich über das Ausländergesetz geregelt werden müssten. Da kommen ganz klar zu viele Leute.

Demnächst soll die Personenfreizügigkeit auf Kroatien ausgedehnt werden – ein heisses Eisen?

Das wird ein sehr heisses Eisen werden. Es wird uns ein eisiger Wind entgegenwehen.

Gegen die Freizügigkeitsabkommen mit der EU sind die Initiative der SVP gegen Masseneinwanderung und die Ecopop-Initiative. Was halten Sie davon?

Beide Initiativen sind nicht kompatibel mit der Personenfreizügigkeit. Und wenn wir die Personenfreizügigkeit verlieren, verlieren wir auch die bilateralen Verträge des ersten Paketes. Die FDP hat schon 2009 aufgezeigt, dass man im Rahmen der Perso-



Die Wirtschaft hält dezidiert fest, die Schweiz brauche die Zuwanderung. Sie auch?

Ich habe Mühe mit gewissen Wirtschaftsvertretern, die wie ein Mantra herunterbeten: Wir brauchen die Zuwanderung, nur das sichert uns den Wohlstand. Mit Verlaub: So einseitig darf man das nicht sehen. Zuwanderung darf man nicht einfach unter dem Aspekt der Ökonomie betrachten. Dabei sind auch gesellschafts- und integrationspolitische Fragen zu berücksichtigen. Mehr Zuwanderung = mehr Wachstum = mehr Wohlstand ist zu banal. Es braucht qualifizierte Arbeitskräfte, aber wir müssen Mass halten. Wenn wir die deutlichen Signale von Abstimmungen nicht ernst nehmen, wird es ziemlich hart, in Zukunft noch irgendwelche Migrationsfragen vor dem Volk zu vertreten.

Sie sind seit fast einem Jahr FDP-Präsident. Wie ist Ihre Bilanz?

Die Bilanz müssen andere ziehen. Da war Fulvio Pellis gute politische Aufbauarbeit, und da ist Gabi Huber als Fraktionschefin, die als «Urner Granit» die Fraktion auf Kurs gebracht hat. Davon konnte ich profitieren, sodass wir seit Anfang 2012 in den meisten Kantonen zugelegt haben.

Zum Lackmустest für die FDP werden die Wahlen 2015. Wie ist die Prognose?

Wir wollen zweitstärkste Kraft werden im Land. Das wird nicht einfach sein. Aber wir sind hoch motiviert und kämpfen dafür.

nenfreizügigkeit Massnahmen ergreifen kann, die in der Umsetzung konsequenter sind als die heute ergriffenen, ohne dass das Vertragswerk verletzt wird. Diese Massnahmen wurden bis heute nicht umgesetzt. Das ist verheerend, weil so das Terrain vorbereitet wird für die Annahme dieser beiden Initiativen, welche die Personenfreizügigkeit und damit auch die bilateralen Verträge eliminieren würden.